

Türkei schiebt mehrere IS-Kämpfer ab

Österreicher sind laut Außenministerium nicht dabei.

ANKARA Nach ersten Ankündigungen in der Vorwoche macht die Türkei ernst: Gefangengenommene ausländische Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) müssen das Land verlassen. Darunter sind deutsche und französische Staatsbürger. Österreicher sind nach Angaben von Außenminister Alexander Schallenberg nicht dabei. Mehrere europäische Länder haben es bislang abgelehnt, ihre Bürger zurückzunehmen.

Maas will Informationen

Das Außenamt in Berlin bestätigte, dass am Montag ein Staatsbürger, am Donnerstag sieben und am Freitag zwei weitere mutmaßliche deutsche IS-Mitglieder aus der Türkei ausgewiesen werden sollen. Außenminister Heiko Maas forderte von Ankara weitere Informationen über die Betroffenen. Sollten sie einen „Bezug zu IS-Kampfhandlungen“ aufweisen, werde man dafür sorgen, dass sie sich vor deutschen Gerichten verantworten müssten. Nach Angaben des türkischen Innenministeriums wurden bereits ein US-Amerikaner und ein Däne abgeschoben. Außerdem sei die Rückführung von elf mutmaßlichen IS-Mitgliedern aus Frankreich und zwei Iren geplant. Im Zuge des türkischen Militäreinsatzes gegen die Kurdenmiliz YPG in Nordostsyrien waren mehrere IS-Kämpfer aus kurdischer Gefangenschaft geflohen. Die Türkei konnte einige wieder festnehmen. Laut Präsident Recep Tayyip Erdogan sitzen über 1000 IS-Anhänger in türkischen Gefängnissen, darunter 737 ausländische Staatsbürger.

Jene Lager in Syrien, in denen sich österreichische Staatsbürger aufhalten, seien nicht Teil des türkischen Operationsgebietes, sagte Schallenberg. „Solche türkischen Drohungen im Zusammenhang mit einer Militäraktion, die wir schon per se ablehnen und für falsch halten, sind, glaube ich, nicht der richtige Weg.“ Dem Außenministerium liegen Informationen über drei österreichische IS-Gefangene in nordsyrischen Lagern vor.



Erdogan spricht von über tausend IS-Anhängern in türkischen Gefängnissen, darunter 737 Ausländer.

Der Politologe Hüseyin Cicek nennt zwei wesentliche Gründe für die Pläne der türkischen Regierung: Einerseits handle es um eine

„Solche Drohungen sind, glaube ich, nicht der richtige Weg.“

Alexander Schallenberg
Außenminister

Reaktion auf die europäische Kritik an der Militäroperation in Syrien. „Mit dem Schritt weist die Türkei darauf hin, dass viele Dschihadisten

aus Europa in Syrien gekämpft haben, und stellt die betroffenen Länder vor vollendete Tatsachen.“ Das habe auch mit politischer Eitelkeit zu tun. Zum anderen verweist Cicek auf die „Machtpolitik, die Erdogan aufgrund seiner Allianz mit Russland durchsetzen kann“. Moskau und Ankara hatten sich darauf verständigt, das Grenzgebiet nach dem Abzug der Kurden gemeinsam zu kontrollieren. Die neue Situation biete eine gute Option, um die Dschihadisten rasch loszuwerden, meint der Experte. Mit dem Segen aus Russland müsse man nicht mehr auf die Vorbehalte aus Europa hören. **VN-RAM**

Kurz bittet Bürger um Geduld

Koalitionsgespräche mit den Grünen starten „ergebnisoffen“.

WIEN Die Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und Grünen können starten. Parteichef Sebastian Kurz gab den Gesprächen am Montag für die ÖVP seinen Segen, nachdem sich die Grünen schon am Sonntag einstimmig dafür deklariert hatten. Auch in der ÖVP war die Unterstützung von Länder- und Bündechefs einhellig, erklärte Kurz. Verhandelt werde „ergebnisoffen“. Man wolle die grüne Option aber zielgerecht, konsequent, mit vollem Engagement verfolgen, sagte Kurz: „Wir haben nicht vor, Parallelverhandlungen zu führen.“ Die Bürger bat er um Geduld, es werde wohl länger dauern als die zügigen zwei Monate mit der FPÖ 2017.

Einmal mehr betonte Kurz die großen Unterschiede zwischen den beiden Parteien. Die Grünen hätten starke Positionen im Umwelt- und Klimabereich, mit denen sich die ÖVP nicht leichttue, für die die Grünen aber gewählt worden seien. Auf



Der ÖVP-Chef gab Verhandlungen mit den Grünen seinen Segen.

der anderen Seite sei dies auch bei der ÖVP so, und zwar in Fragen der Migration, der Sicherheit oder der Standort- und Steuerpolitik. Daher sagte Kurz: „Sollten wir eine Vereinbarung mit den Grünen zustande bringen, wird da auf jeden Fall ein Stück weit an Kreativität notwendig sein müssen.“ Das Ergebnis sei erwartbar gewesen, meinte SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner. „Türkisch-Grün muss jetzt rasch ins Handeln

kommen“, meinte sie in Bezug auf die abflauende Wirtschaft und explodierende Wohnkosten. Auf einen schnellen Abschluss hoffte auch Neos-Obfrau Beate Meinel-Reisinger, die die Entscheidung für Regierungsverhandlungen als erfreulich bezeichnete. Die FPÖ blieb im Alarmmodus. „Die ÖVP verlässt den Mitte-Rechts-Kurs in der Regierungsarbeit und liefert Österreich den Grünen aus“, warnte Parteichef Norbert Hofer.

Kein Zeitdruck

Bundespräsident Alexander Van der Bellen will den Koalitionsverhandlern keinen Zeitdruck machen. Wichtig werde jedenfalls sein, dass Österreich in absehbarer Zeit wieder ein verlässlicher Partner in der EU ist. Denn auf europäischer Ebene stünden zahlreiche Herausforderungen an. Van der Bellen ist überzeugt, dass sich zwischen ÖVP-Obmann Kurz und Grünen-Chef Werner Kogler das Vertrauen verfestigt habe: „Es läuft sehr gut.“ Alle, die am Verhandlungstisch gesessen sind, seien sich im Klaren, was auf dem Spiel stehe.



Kommentar
Julia Ortner

Probieren geht über sondieren

Für ÖVP-Obmann Sebastian Kurz ist es ein „herausfordernder Prozess“, für Grünen-Chef Werner Kogler ein „Wagnis“ – verständlich, man muss dem eigenen Tun

„Keine zu hohen Erwartungen: Es wird zu Kompromissen kommen müssen, wenn sich zwei Parteien finden wollen.“

als koalitionsuchender Politiker ja auch eine gewisse Bedeutungsschwere verleihen. Die türkisch-grünen Sondierungsgespräche gehen jetzt also sechs Wochen nach der Wahl in echte Koalitionsgespräche über. Nun könnten Medien, Wählerschaft, wir alle, zumindest versuchen, die üblichen Fehlleistungen in so einer Phase der Ungewissheit zu vermeiden.

Man sollte die Verhandlungspartner nicht sanft in ein Bündnis hineinzwingen wollen. Altvordere wie Ex-ÖVP-Chef Erhard Busek oder Alt-Bundespräsident Heinz Fischer sprechen von Türkisch-Grün als der quasi einzigen vorstellbaren Variante, die Kombination kommt in Umfragen gut an, viele Medien plädieren dafür. Das ist legitim, setzt allerdings die Verhandelnden auch unter Druck, vor allem die Grünen als kleinere Partei mit weniger Spielraum: Geh, stellt euch doch nicht so sperrig an!

Journalistinnen und Journalisten sollten nicht das Ehe- oder Beziehungs-Bild für die mögliche

nächste Koalition bemühen. Ein Bild, das falsche Vorstellungen von Politik entwirft. Es geht um eine vernünftige Arbeitsbeziehung und einen anständigen Umgang miteinander, nicht um Liebe oder Freundschaft. Kurz & Kogler sind nicht Batman & Robin.

Grundsätzlich sollte man keine zu hohen Erwartungen entwickeln: Es wird zu Kompromissen kommen müssen, wenn sich zwei Parteien mit teilweise großen inhaltlichen Unterschieden finden wollen – das gehört zum demokratischen Prozess und Österreich hat eben kein Mehrheitswahlrecht.

Unsere tägliche Spekulation gib uns heute – diese Praxis mancher Medien irritiert nicht nur die Politikmenschen, sie nervt auch das Publikum, weil sie meist null Erkenntnisgewinn bringt. Irgendwelche zugespielten Gerüchte über Personalien und Ministerienverteilung zu veröffentlichen, ist noch kein Journalismus, leider. Stattdessen könnten wir nun jene großen Fragen breit diskutieren, die alle abseits von Türkisch-Grün auch interessieren sollten: Wie können Ökonomie und Ökologie zusammenpassen? Wann sorgt man endlich für mehr Transparenz im Politikbetrieb? Wie kann man die Gesprächskultur im Land verbessern?



JULIA ORTNER
julia.ortner@vn.at

Julia Ortner ist Journalistin mit Vorarlberger Wurzeln und lebt in Wien. Podcast: @ganzoffengesagt

Kein Ende der politischen Blockade in Spanien absehbar

MADRID In Spanien ist auch nach den vierten Wahlen innerhalb von vier Jahren kein Ende der politischen Blockade in Sicht. Die Sozialisten von Premier Pedro Sanchez haben die Parlamentswahlen am Sonntag klar gewonnen, sind aber einer Regierungsmehrheit im Parlament nicht näher gekommen. Großer Triumphator des Urnen-

ganges ist die rechtspopulistische Vox, die sich an die dritte Stelle katapultierte. Laut dem vorläufigen Endergebnis kamen die Sozialisten auf 28 Prozent der Stimmen, die konservative PP konnte ihr Ergebnis verbessern und landete mit knapp 21 Prozent auf dem zweiten Platz. Die rechtsextreme Vox erhielt 15 Prozent der Stimmen.

KARIKATUR

Kraftakt-Start!

